

Integrationspotenziale in kleinen Städten

Rekonstruktion der Interessensorientierungen
von Zuwanderern

Monika Alisch
Michael May (Hrsg.)



Verlag Barbara Budrich

BEITRÄGE ZUR SOZIALRAUMFORSCHUNG | BAND 6

Integrationspotenziale in kleinen Städten

Beiträge zur Sozialraumforschung

herausgegeben von
Monika Alisch
Michael May

Band 6

Monika Alisch
Michael May (Hrsg.)

Integrationspotenziale in kleinen Städten

Rekonstruktion der Interessensorientierungen
von Zuwanderern

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Farmington Hills, MI 2011

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2011 Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin & Farmington Hills MI
www.budrich-verlag.de

ISBN 978-3-86649-403-9 // eISBN 978-3-8474-1283-0

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Walburga Fichtner, Köln
Druck: Paper & Tinta, Warschau
Printed in Europe

Inhaltsverzeichnis

Monika Alisch / Michael May

Einleitung: Integrationspotenziale von Zuwanderern in kleinen Städten 7

Perspektiven zum Analysegegenstand „Integration“

Michael May / Monika Alisch

Methodologische und forschungsmethodische Überlegungen zur
Rekonstruktion integrationsbezogener Orientierungsmuster 29

Martina Ritter

„So sind sie halt, die Russen?“ Bedürfnisinterpretation zwischen
Ethnisierung und Kulturalität 43

Annegret Boos-Krüger / Burkhard Wilk

Integration in kleinen Städten – ein normativer Erklärungsansatz 59

Integrationsleistungen der Zugewanderten

Agnes Happel

Die fremden Deutschen in Frankenberg – Zur Integration
von Spätaussiedlerinnen im ländlichen Raum 73

Martina Berger

„Ich will nicht woanders wohnen!“ – Aussiedlerinnen in Ebersdorf bei
Coburg 91

Karin Baumgärtner

Wegkreuzungen der Ungleichheit ... und wie es ist, eine Frau in
Deutschland zu sein 109

Emmanuel Kileo

„Afrika ist mehr als Trommeln“ –AfrikanerInnen und schwarze Deutsche in Kaufbeuren 127

Karin Kick / Christina Noack

Bedürfnisermittlung in der offenen Jugendarbeit mit Migranten 143

Integration als lokale Aufgabe

Monika Alisch / Frank Dölker

Lokale Governance Arrangements und die Wohnbedürfnisse älterer MigrantInnen 159

Katja Volkenant

Geschlossene Gesellschaft? Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen in Sontra 177

Robert Zwickle / Jutta Zinnen

Organisierte MigrantInnen auf kommunaler Ebene – ein dialogisch partizipativer Integrationsprozess? 193

Schlussfolgerungen

Monika Alisch

Potenziale der Integration – Integration der Potenziale: Eine Zusammenfassung für die politisch/fachliche Praxis 211

Angaben zu den Autorinnen und Autoren 231

Integrationspotenziale von Zuwanderern in kleinen Städten

Monika Alisch / Michael May

Nahezu alle Veröffentlichungen zu Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten verweisen darauf, dass bisher recht wenig dazu geforscht wurde, wie das Leben von und mit MigrantInnen jenseits der großstädtischen Ballungsräume aussieht. Verbunden wird dieses Rechercheergebnis mit dem Hinweis, dass immerhin fast die Hälfte der MigrantInnen in Deutschland gar nicht in den Großstädten leben, wo sie als Zielgruppe von Integrationsmaßnahmen und Träger multipler sozialer Probleme im Zentrum stadtpolitischer und wissenschaftlicher Auseinandersetzungen stehen.

Ein Grund für die bisher dürftige Literatur zu MigrantenInnen in kleinen Städten und im ländlichen Raum mag die Tendenz in Politik und Wissenschaft sein, einem gesellschaftlichen Phänomen erst dann nachzuspüren, wenn es mit Konflikten behaftet ist. So verwundert es nicht, dass die Forschungsfrage nach den „Integrationspotenzialen in kleinen Städten und Landkreisen“, die die Schader Stiftung im Jahr 2009 ihrem Forschungs-Praxis-Projekt voranstellt, von den „besonderen Problemkonstellationen und Handlungsfeldern“ (www.integrationspotenziale.de) der Integration in den ländlichen Räumen getragen wird.

Die implizite Annahme der Stadt- und Regionalforschung, dass kleine Städte „die Strukturen und Prozesse von großen Gemeinden auf einem anderen Niveau abbilden und deren Entwicklungen [...] zeitversetzt nachvollziehen“ (Baumgart / Uttke 2005: 3), scheint auch in diesem Zusammenhang die wesentliche Begründung für die aktuelle Hinwendung zu den Kleinstädten zu sein. Der Soziologe Jörg Hüttermann, der sich mit den Eskalations- und Integrationspotenzialen in Kleinstädten der Einwanderungsgesellschaft (2010) beschäftigt hat, fasst zusammen, dass „Moderne und Modernität“ in der Soziologie, aber auch in der Politik und den Medien durch „die Kontrastierung“ der „ländlich-kleinstädtischen Rückschrittlichkeit“ mit einer „urbanen Fortschrittlichkeit“ (ebd. 22) gekennzeichnet sei.

So war wohl zu erwarten, dass auch ein gesellschaftliches Phänomen wie die Zuwanderung, vor allem aber deren Folgeprobleme, „irgendwann“ die Kleinstadt erreichen. In dem Diskurs zur Integration von MigrantInnen in kleinen Städten im Rahmen des Forschungs-Praxis-Projektes der Schader Stiftung motiviert dies dazu, auch dort Integration in den Kontext ethnischer residenzieller Segregation zu stellen: So fasst Reinhard Aehnelt (2010: 10) die Geschichte der kleinstädtischen Zuwanderungsproblematik unter vier

Schlaglichtern zusammen: „dem Magnet für Flüchtlingsströme nach 1945“, der „Bildung von Wohngettos“, der „sozialen Spaltung in Neubaugebieten und Stadtkernen“ sowie der anscheinend migrantisch geprägten „Kleinstadtjugend im öffentlichen Raum.“

Ob die sozialen und sozial-räumlichen Konsequenzen der dahinterstehenden stadträumlichen Entwicklungsprozesse für das Zusammenleben in den Kleinstädten ähnlich sind wie in den Großstädten, wird von Aehnelt nicht vertieft. Er verweist lediglich darauf, dass fast die Hälfte der Fördermittel des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ im Jahr 2007 in Klein- und Mittelstädten ausgegeben wurde und ein Viertel aller Fördergebiete in diesen Städtetypen zu finden seien (ebd. 11). Neben dieser Andeutung einer strukturellen Ähnlichkeit lokal zu bewältigender Probleme von Zuwanderung in Groß- wie in Kleinstädten, wird als weiteres raumstrukturelles Problem von Aehnelt (ebd. 7) die Gleichzeitigkeit von Schrumpfung und Wachstum der Klein- und Mittelstädten sowie ländlichen Gemeinden benannt. Deren begrenzte Integrationspotenziale werden dann damit erklärt, dass die Klein- und Mittelstädte außerhalb von Stadtregionen generell wesentlich stärker von Schrumpfung betroffen seien: Deswegen findet sich in den wenigen Untersuchungen zu Zuwanderern im ländlichen Raum auch schnell die positive Konnotation ökonomischer Effekte von Zuwanderung, in Form „neuer wirtschaftlicher Impulse“ (Boos-Krüger 2005: 439) durch „Aktivitäten in der lokalen Ökonomie“, welche die „örtliche Wirtschaftskraft erweitert“ (ebd.).

Obwohl durch die Verknüpfung der Strukturprobleme von Klein- und Mittelstädten mit der Frage nach der Integration von Zuwanderern, die Gefahr besteht, deren Lebenssituation und Interessensorientierungen allenfalls am Rande zu beachten, haben diese Verweise auch ihre Berechtigung: Formen der Vergemeinschaftung, die Hannemann (2002) im Anschluss an Ferdinand Tönnies (1887) Kleinstädten zuschreibt – wie Vereinsleben, hohe Informationsdichte und informelle Vernetzung sowie eine eingetübte Rollenverteilung – sind im Kontext selektiv schrumpfender Bevölkerungszahlen gefährdet. Ohne diese Strukturen sind die Möglichkeiten begrenzt, in Prozessen der Integrationsförderung gemeinsame Ziele zu formulieren, Verantwortung zu übernehmen und bürgerschaftliches Engagement auszubilden, wie Putnam (1993) die Komponenten seines „Sozialen Kapitals“ zusammenfasst (zur Kritik dieses Konzeptes vgl. May 2004; 2010).

Gegenüber diesem im Rahmen des Forschungs-Praxis-Projektes der Schader-Stiftung diskutierten Problemverständnis, kam Annegret Boos-Krüger (2005) in ihrer Untersuchung zur „sozialräumlichen Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes“ zu dem Ergebnis, dass die „sozio-kulturelle Auseinandersetzung von Einheimischen und Zuwanderern“ sich anders als in den Großstädten eben „nicht in sozial-

räumlich abgespaltenen Stadträumen“ (ebd. 443) abspiele.¹ Diese sind jedoch bei geringerer Einwohnerzahl und bei wenig ausgeprägter funktionaler Strukturierung der Kleinstädte „in der Gesamtstadt mit ihrer insgesamt eher durchmischten Bevölkerung“ (ebd.) verortet. Als ein Faktor der Stadtgröße sind aus ihrer Sicht „Überschaubarkeit, Intimität, Nachbarschaft und soziale Kontrolle“ prägend für die Integrationsbedingungen, wobei die Frage unbeantwortet bleibt, inwiefern welche dieser Aspekte sich negativ oder positiv auf die Integration von Zuwanderern auswirken und welche Bilder sich hinter Begriffen von Nachbarschaft und Intimität verbergen.

Als bedeutungsvoll für die Integration sehen sowohl Boos-Krüger als auch Micksch und Schwier in ihrer Untersuchung der „Fremden auf dem Lande“ (2001) die Vorbildfunktion von „Ortsautoritäten“. Es sei gerade dort wichtig, „dass die Bürgermeister das Thema ‚Integration‘ zu ihrer Sache machen“, heben auch Griesbeck / Süß (2010: 7) als Gelingensbedingung guter Integrationsarbeit in kleinen Städten hervor. Die Studie von Katja Volkenant in diesem Band zeigt, wie sich die Tatsache, dass in der Kleinstadt „Akteure des öffentlichen Lebens [...] persönlich bekannt [sind] und damit gegenüber der lokalen Gemeinschaft in besonderer Verantwortung“ (Rüdiger 2005: 5) stehen, den Prozess einer zivilgesellschaftlichen, ethnienübergreifenden Auseinandersetzung mit dem Thema Integration sehr befördert hat. Dass ein mächtiger Bürgermeister ebenso in der Lage wäre, solche Prozesse interkultureller Verständigung zu unterbinden, liegt nahe.

Die Hoffnung von Annegret Boos-Krüger (2005: 441), dass der „ländliche Raum aufgrund seiner spezifischen Zuwanderungs- und Integrationsbedingungen“ zu einem „Lernfeld für die sozialräumliche Integration von Zuwanderern“ avancieren kann, bekommt Bestätigung von der Raumplanerin Andrea Rüdiger (2005: 5; 2009), die davon ausgeht, dass gerade eine kleine Verwaltung Strukturen hervorbringen könne, „die geeignet sind, hierarchische und organisatorische Hürden zu überwinden“ (ebd.).

1 Obwohl in kleineren Städten die Werte des Segregationsindex (SI) durchaus hoch sein können. Fraglich ist jedoch, welche Aussagekraft gerade in kleinen Städten ein Indexwert hat, der eigentlich nur die ungleiche Verteilung von Wohnstandorten sozialer Gruppen als Summe der Abweichungen vom Mittelwert der Gesamtstadt in den einzelnen Teilgebieten misst. Diese Bedeutung des Wohnortes ist zum einen der Sozialraumkonstitution von Individuen in der pauschalen Form nicht angemessen (vgl. Dangschat / Alisch 2011, auch ausführlich zu den methodischen Problemen der Indexmessung) zum anderen sind die Maßzahlen in ihrer Ausprägung von der Größe der städtischen Teilgebiete und vom Typus der sozialen Gruppe (bezogen auf ihre Handlungsmöglichkeiten am Wohnungsmarkt) abhängig. In unterschiedlichen städtischen Kontexten können die Werte zudem eine sehr unterschiedliche Bedeutung bezogen auf die Integration sozialer Gruppen haben, ebenfalls abhängig von den Logiken des lokalen Wohnungsmarktes, Verstärkerwirkungen der Symbolik der Adressen oder auch Diskriminierungen sozialer Gruppen (vgl. ebd.). Letztendlich ist festzuhalten, dass mit dem Index eben nicht die Segregation im Sinne einer räumlichen Konzentration bestimmter sozialer Gruppen gemessen wird

Einige Merkmale, die kleine Städte, oder besser kleine Stadtgesellschaften² kennzeichnen, wurden – meist in Form erwarteter Integrationsvor- oder -nachteile dieses Stadttypus – benannt. Angelehnt an Jörg Hüttermann (2010: 24) sollen hier nun quantitative und qualitative Kennzeichen der Kleinstadt zusammengestellt werden, die jenseits der unterstellten Rückständigkeit gegenüber Großstädten, den vereinfachten nach Kopffzahl formulierten Definitionen und den je nach Untersuchungsgegenstand beliebig herangezogenen Vorzügen und Nachteilen der Kleinstadt eine systematische Betrachtung der Integrationsleistungen und institutionellen Integrationsbemühungen erleichtern:

Als „quantitative ‚Mehr-oder-Weniger-Merkmale‘“ bezeichnet der Soziologe Jörg Hüttermann (ebd.) zum einen strukturelle oder stadtgeographische Merkmale wie die „Existenz dörflicher Satelliten“ (ebd.), „wenige zentrale Orte der lokalen Öffentlichkeit (ebd.) eine „gering ausgeprägte funktionale Differenzierung der Bereiche Wohnen, Freizeit und Arbeit“ (ebd.).

Bezogen auf das soziale Gefüge benennt er den „hohen Grad von Bekanntheit und den geringen Grad von Indifferenz“ (ebd.), eine „relativ hohe informelle soziale Kontrolle“ (ebd.) – wie auch Boos-Krüger (2005) sowie Micksch / Schwier (2001) – „die außerordentliche Bedeutung einiger weniger lokaler Persönlichkeiten [...]“ (Hüttermann 2010: 24), die „zunehmend hohe Bedeutung des Vereinswesens für die Intergruppenbeziehungen und das soziale Klima“ (ebd.) und die verhältnismäßig große Relevanz des Klat-sches für die lokale Öffentlichkeit“ (ebd.).

Ähnlich fasst der Kulturanthropologe Heinz Schilling die positiven wie negativen Ausprägungen sozialer Organisation im ländlichen Raum zusammen: „Wortlose Hilfe plus gnadenlose Kontrolle“ (2010: 16) und mit Blick auf die Integration von Neuankömmlingen – sei es aus der Großstadt oder gleich aus dem fernen Ausland – skizziert er die Grundlage des Zusammenlebens als „Befolgung der Regeln ohne Fragen nach ihrem Sinn“ (ebd.). Zwar mag dieses „Wissen-in-der-Hand“ (Schütz 1972: 65) den Einheimischen die „Rezepte zum Handeln in alltäglichen Situationen“ (ebd.) liefern, die einen gewissen „Automatismus des Handelns“ erlauben, jedoch hat Schütz in seiner Soziologie des Fremden gezeigt, dass diese Regeln für die Zugewanderten allenfalls „subjektive Wahrscheinlichkeiten“ darstellen, die es in jeder Situation neu zu überprüfen gilt. Wenn das „höchste Primat des örtlichen Eigensinns“ (Schilling 2010: 16) der „Fortbestand der Ge-

2 Hüttermann (2010: 47f.) erörtert ausführlich, inwieweit es für den Begriff der Stadtgesellschaft keine verbindliche Definition gibt. Nicht ohne Grund wandelt sich die Stadtsoziologie seit einigen Jahren in eine „Soziologie des Raumes“. Dennoch scheint es uns bedeutungsvoll, dass es eben nicht um die Analyse administrativer Einheiten geht, sondern um den „sozial-räumlichen Kontext von gesellschaftlichen Integrations- und Desintegrationsprozessen (vgl. Anhut / Heitmeyer 2000: 10).

meinschaft“ (ebd.) ist, bedeutet der Zuzug der Fremden aufs Land zumindest ein schwelendes Problem.

Nicht alle diese Merkmale erscheinen leicht zu operationalisieren, um tatsächlich den Grad an Bekanntheit oder die Relevanz von Klatsch messen zu können. Für die Lesbarkeit der Handlungsforschungsprojekte, die in diesem Band diskutiert werden, wird jedoch das von Hüttermann als ‚qualitativ‘ bezeichnete Merkmal der Kleinstadt relevant: „das von den BewohnerInnen geteilte Bewusstsein vom Kleinstädtischen“, das sich auf einem Kontinuum der Zustimmung zwischen den Polen des „Bekenntnisses zum Kleinstadtidyll“ (ebd.) bis zu den vermissten „Vorzügen des Großstadtlebens“ (ebd.) reichen kann. Es ist gerade dieses Bewusstsein, das die Artikulation von ortsbezogenen Interessen sowie die professionellen Handlungsspielräume zur aktiven Integrationsförderung mitbestimmen.

1. Gesellschaftliche Teilhabe und Teilnahme oder der Zusammenhang von Integration und Partizipation

Der Forschungsverbund zu den Integrationspotenzialen in kleinen Städten, dessen Ergebnisse in diesem Band versammelt sind, nutzt die wenigen bisherigen Erkenntnisse zur Integration von Zuwanderern unter den Bedingungen des Kleinstädtischen im Hinblick auf Sozialraumorganisation als Prozess der Interessenartikulation zur Gestaltung örtlicher Raumstrukturen (Alisch / May 2008a: 8). Dabei gehen wir davon aus, dass die Herangehensweise an die Integrationspotenziale in kleinen Städten über strukturelle Probleme und Defizite nur den Blick versperrt für die Integrationsleistungen der in kleinen Städten lebenden Zuwanderer und die Barrieren, die ihnen von der Aufnahmegesellschaft dort begegnen. Statt der kommunalen Infrastruktur oder der Integrationsangebote der Städte, Gemeinden und Landkreise, stellen wir in acht Fallstudien die Bedürfnisse und Interessensorientierungen der Zuwanderer in den Mittelpunkt.

Im Sinne einer „praktisch einhakenden, kooperativen Sozialforschung“ (vgl. May 2008: 228ff.) waren diese handlungsforschenden Studien so angelegt, dass sie in eine partizipative Projektentwicklung am Ort münden konnten. Hierin sehen wir die eigentlichen „Potenziale der Integration“, die statt eines Redens über die „richtigen“ Angebote für Zuwanderer, Integration im Sinne einer gesellschaftlichen Teilhabe erschließen. Das Projektdesign der Fallstudien gründet dabei im politisch-praktischen Sinn auf einem dialektischen Verhältnis von *Teilnahme* und *Teilhabe*, wie es von Jürgen Habermas in seiner Untersuchung über den „*Strukturwandel der Öffentlichkeit*“ (1990) entfaltet wurde. So zielen die Handlungsforschungsprojekte – wenngleich in

je spezifischer Weise – letztlich darauf, in einem inhaltlich, wie raumzeitlich klar umgrenzten Bereich, unter *Teilnahme* der Mitglieder eines wohl zumeist erst noch zu entwickelnden Gemeinwesens (vgl. May 2008a) ein Stück mehr gesellschaftlicher *Teilhabe* der jeweiligen Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund zu erreichen.

Entsprechend liegt den einzelnen Projekten auch ein Begriff von „Integration“ zugrunde, wie ihn – ebenfalls vor dem Hintergrund der Habermaschen Untersuchung des *Strukturwandels der Öffentlichkeit* – Uwe Hunger (2006: 8ff.) zu fassen versucht hat als „immerwährender Prozess, bei dem sich Menschen wechselseitig und wiederkehrend in ihren Interessen tangiert fühlen und sich damit ein öffentliches Interesse konstituieren kann“ (ebd.). Aus dieser Perspektive wird „Integration“ also nur dort zu einem Thema, wo ein „*öffentliches*“ Interesse berührt wird. Was demgegenüber als „*Privat*“-Angelegenheit eines Menschen definiert wird, ist nicht Gegenstand von „Integration“. Dabei ist allerdings davon auszugehen, dass nicht nur das, was jeweils als Integration bezeichnet wird, sondern auch die Grenze zwischen privater Angelegenheit und öffentlichem Interesse bzw. „zwischen dem, was politisch ist, und dem, was nicht politisch ist, Gegenstand eines Konflikts“ (Fraser 1994: 257) ist.

Demzufolge lässt sich im Anschluss an Nancy Fraser zeigen (vgl. May 2007: 50ff; Alisch / May 2010: 65ff.), wie sich diese Konflikthaftigkeit auch auf der Mikroebene sozialstaatlicher Ansätze der Interpretation und Befriedung von Bedürfnissen der Zuwanderer bzw. der Reaktion auf ihre ‚abweichenden‘ Formen der Bedürfnisartikulation und -befriedigung umsetzt. In all diesen Fällen, in denen es Streit darüber gibt, „was genau die verschiedenen Gruppen wirklich benötigen und wer in diesen Angelegenheiten das letzte Wort haben sollte“ (Fraser 1994: 249), (re-)produzieren sich somit zugleich soziale Prozesse der Differenz auf einer Ebene ‚kulturell-ethnischer‘ Zugehörigkeiten (vgl. May 2007: 50ff.).

Zugleich suchen in diesen Konflikten jedoch auch Migrant(inn)en selbst ihr „Bedürfnis, die Grenzen, was privat und was öffentlich in ihrer Aufnahmegesellschaft geregelt werden soll, ihrerseits zu verändern“ (Hunger 2006: 10). Uwe Hunger hat in diesem Zusammenhang die Bedeutung von – wie er es nennt – „ethnischen Öffentlichkeiten“ hervorgehoben, welche dann auch deren eigene „Integrationsstrategien“ maßgeblich mitbestimmen. Hunger zufolge lassen sich dabei „Privatisierungsstrategien“ von „Strategien einer stärkeren öffentlichen Einbindung“ unterscheiden. Zwar erscheint diese idealtypische Unterscheidung gerade mit Blick auf das empirisch keineswegs seltene Phänomen, sich ausbildender Teilöffentlichkeiten (z.B. geschlechtsspezifischer Art) durchaus ergänzungsbedürftig. Auch darf sie damit keineswegs auf ‚ethnische Öffentlichkeiten‘ verallgemeinert werden (vgl. May 2010: 192ff.; Alisch / May 2010: 68ff.) – allein schon weil in diesen Teilöffentlichkeiten verschiedene Strategien durchaus nebeneinander

existieren können (vgl. ebd.). Die Handlungsforschungsprojekte sind in diesem Zusammenhang jedoch eindeutig darauf gerichtet, *Strategien einer stärkeren öffentlichen Einbindung* aufzugreifen und zu unterstützen.

Entsprechend liegt allen acht Handlungsforschungsprojekten ein gemeinsames Problemverständnis zugrunde, wonach sich Integrationsbemühungen auch nicht darin erschöpfen dürfen, mehr Partizipationsmöglichkeiten in kommunalen Angelegenheiten für migrantische Mitbewohner(inn)en durchzusetzen oder gar nur über „Strategien stellvertretender Einmischung“ kompensatorische Möglichkeiten der Lebensbewältigung für diese zu sichern. So scheint das „juristische, administrative und therapeutische Management der Bedürfnisbefriedigung“ (Fraser 1994: 240) bezogen auf die mit Migration verbundenen sozialen Probleme gegenwärtig in der Bundesrepublik dazu zu tendieren, Antidiskriminierungspolitik zu Angelegenheiten von Organisations- und Personalentwicklung bzw. Diversity-Trainings zu transformieren (vgl. May 2007: 56). Demgegenüber knüpfen die Handlungsforschungsprojekte an ein Verständnis „*kategorialer* Gemeinwesenarbeit“ an, dem es darum geht, über gemeinsame Problem- und Interessenlagen eine *öffentliche* Assoziation von bisher in ihrer *Privatheit* isolierten Menschen anzustoßen. Denn nur so erscheint es möglich, dialogisch partizipative Prozesse einer – wie Nancy Fraser sie nennt – „Politik der Bedürfnisinterpretation“ anzustoßen.

Allerdings muss im Blick bleiben, dass der Versuch, so ein „politisches Ausdrucksvermögen“ von Bedürfnissen zu unterstützen, nicht umschlägt in eine Direktübertragung des jeweils eigenen Privategoismus in ein gesamtgesellschaftliches Verhältnis (vgl. Negt / Kluge 1992: 32). Deshalb gilt es, nur solche elementaren, organisierbaren Interessen in der Entwicklung ihres Ausdrucksvermögens zu stützen, die zu einer Aufhebung in einer zunächst eigenen Öffentlichkeit tendieren (vgl. May 2008b: 79ff.). Nur in diesem speziellen Falle richtet sich *kategoriale* Gemeinwesenarbeit auch auf eigene ‚ethnische‘ Öffentlichkeiten (vgl. den Beitrag von Kileo in diesem Band). Allerdings wird in assimilationistischen Konzepten von Integration, die eine Anpassung von Einwanderern an eine „Deutsche Leitkultur“ einklagen, ebenfalls nur ein „volonté particulière“ als angeblicher „volonté generale“ direkt in ein gesamtgesellschaftliches Verhältnis übertragen (vgl. Alisch / May 2010: 52f.).

Ziel der Projekte, die hier dokumentiert sind, ist es demnach nicht „nach Köpfen“ (weil diese ganz unterschiedliche Bedürfnisse vereinen können) und schon gar nicht nach ‚Ethnien‘, „sondern nach Interessen zu organisieren“ (Negt 1977) und dabei auch an einer Aufhebung der privaten Organisationsstruktur entsprechender (Gruppen-)Egoismen zu arbeiten. Um allerdings an einem integrationsfähigen Gemeinwesen in den jeweiligen kleinen Städten zu arbeiten, braucht es über diese *kategoriale* Form von Gemeinwesenarbeit hinaus vor allem *funktionale* Ansätze, die sich besonders auf die

Ausbildung eines nicht ausgrenzenden „volonté generale“ konzentrieren – in Verbindung auch mit *territorialen* Ansätzen der Gemeinwesenarbeit, die konkrete Orte so gestalten, dass die NutzerInnen überhaupt die Möglichkeit haben, ihre Bedürfnisse, Eigenschaften und Vermögen zu verwirklichen (vgl. May 2008b).

Um auch in diesem Band nicht bei partikularen Perspektiven stehen zu bleiben, haben wir zumindest bei der Auswahl der Untersuchungsorte einen maximalen Vergleich angestrebt, der sowohl eine Differenzierung der ethnischen Zusammensetzung als auch der strukturellen Bedingungen der Städte ermöglichte. Auch die Stadtgrößen variieren zwischen ca. 12.000 und 42.000 Einwohnern. Für das Ziel, auch bereits institutionalisierte Formen der politischen Integration aus der Perspektive der Zuwanderer zu hinterfragen, wurde neben sieben im eher peripheren ländlichen Raum liegenden Städten auch die Stadt Speyer in der weitläufigen Rhein-Neckar Metropolregion einbezogen. Die Untersuchungsorte befinden sich in den drei Bundesländern Hessen (Eschwege, Frankenberg, Sontra), Bayern (Ebersdorf, Neustadt, Kaufbeuren) sowie Rheinland-Pfalz (Speyer, Bad Neuenahr-Ahrweiler). Dadurch bestand die Möglichkeit, die jeweiligen Integrationspolitiken als Interpretationsfolie einzubeziehen. Alle ländlichen Untersuchungsstädte zeichnen sich durch eine gewisse Grenzsituation aus, drei der kleinen Städte befinden sich nahe der ehemaligen Deutsch-deutschen Grenze mit spürbarem Nachhall der historischen Strukturschwäche (in Eschwege schon vor 1989, im Landkreis Coburg vor allem danach durch den Wegfall der Zonenrandförderung). Die nordhessische Kleinstadt Frankenberg ist ein Mittelzentrum im heute deutlich naturtouristisch geprägten Landkreis, der an drei nordrhein-westfälische Landkreise grenzt. Die Stadt Kaufbeuren im Allgäu trägt seit dem Jahr 2008 den Titel „Ort der Vielfalt“, und wurde damit als Vorbild „im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“ beworben (www.kaufbeuren-aktiv.de).

Korrespondierend mit dem Siedlungsverhalten von Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern, die vor allem in ländliche Regionen und kleine Städte zogen, steht diese Zuwanderergruppe im Zentrum der Untersuchungen in Eschwege, Ebersdorf und Frankenberg. Obwohl auch Kaufbeuren sich durch einen hohen Aussiedleranteil auszeichnet, ist die Fallstudie dort auf MigrantInnen aus Schwarzafrika gerichtet, die bisher kaum in ihrer Lebenssituation als Zuwanderer in Deutschland thematisiert wurden (vgl. Bechhaus-Gest / Klein-Arendt 2003). Eine ethnische Mischung der Zielgruppe finden wir – der Fragestellung angemessen – in den Untersuchungen in Sontra, Speyer und Bad Neuenahr-Ahrweiler, wo MigrantInnen Teil der Handlungsforschung wurden, die sich bereits im Beirat für Migration und Integration und einem interkulturellen Verein integriert glaubten oder als jugendliche Nutzer einer Einrichtung der offenen Jugendarbeit ihre Freizeit institutionell gestalten lassen.

Nicht repräsentativ sind die Studien im Hinblick auf die Geschlechterverteilung der an den Forschungen Beteiligten: In Neustadt im Landkreis Coburg sind ausschließlich, meist jüngere Frauen beteiligt gewesen und auch in Frankenberg und Ebersdorf sind es die Frauen, die durch unsere partizipative Methode ansprechbar waren. In Kaufbeuren ist das Verhältnis ausgewogen, in Eschwege dominieren die (älteren) Frauen zumindest zahlenmäßig und in den beiden formalisierten Gruppen, die Teil unserer Forschungen wurden (Speyer und Sontra) sind Frauen und Männer gleichermaßen vertreten ebenso in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

2. Perspektiven auf den Analysegegenstand „Integration“

Der erste Abschnitt des Bandes gibt den acht empirischen Studien zu den Integrationspotenzialen kleiner Stadtgesellschaften des ländlichen Raumes einen methodologischen und professionstheoretischen Rahmen. Dabei werden die Untersuchungen in drei Perspektiven in die Forschungslandschaft eingebettet a) forschungsmethodisch b) theoretisch in den aktuellen Diskurs der „Integrationsforschung“ und c) disziplinär in die planungswissenschaftliche und rechtliche Auseinandersetzung mit der Integration von MigrantInnen in kleinen Städten.

Der innere Zusammenhang der Fallstudien wird durch *„Methodologische und forschungsmethodische Überlegungen zur Rekonstruktion integrationsbezogener Orientierungsmuster“* hergestellt, die Michael May und Monika Alisch im ersten Beitrag erläutern. Dabei wiederholen wir nicht die Kritik an der Integrationsforschung, die sich von der Gastarbeiterforschung über die Ausländer- und Migrantenforschung hin zur Integrationsforschung bisher kaum aus der Problem- und gesellschaftlichen Krisenanalyse heraus entwickelt hat. Diese Kritik, die Bukow und Hamel schon im Jahr 2003 dezidiert ausformuliert haben, dient uns jedoch als Hintergrund für die „Grundrisse einer alternativen Integrationsforschung“, die von „alienierenden Zuschreibungen“ über das Alltagsleben und damit auch die Orientierungen von Zuwanderern deutlich abweicht: Im Anschluss an Lefebvres „Soziologie der Alltäglichkeit“ (vgl. 1977) und seinem Konzept „strategischer Hypothesen“, schlagen wir methodologisch eine stärker rekonstruktive Vorgehensweise vor, welche die Zukunftswerkstatt als handlungspraktische Methode zur Rekonstruktion der Interessen und alltäglichen Orientierungsmuster der Zuwanderer hat. Diese der partizipativen Zukunftsforschung entlehnte Methodik kann in ihrer „Kritik“- und „Utopiephase“ Ziele bzw. Interessen und in ihrer „Verwirklichungsphase“ daraus abgeleitete Konkretisierungsvorschläge (Strategien) für partizipative Projektentwicklung generieren.

Das Konzept der Zukunftswerkstatt erweist sich dabei als passgenaues Bindeglied zwischen dem Forschungs- und dem Handlungsanspruch des Verbundes im Sinne der partizipativen Projektentwicklung. Dabei kann gezeigt werden, wie die Methodik das Ziel, Bedürfnisse, Wunschvorstellungen, Ängste und Utopien authentisch zu ermitteln, bereits in den 1970er Jahren mit Blick auf Zukunftsfragen der Gesellschaft abgebildet hat.

Die Rückführung des (Daten-)Materials der ‚Zukunftswerkstatt‘ als Rekonstruktion integrationsbezogener Orientierungsmuster geschieht über die dokumentarische Methode, in welcher über eine „formulierende Interpretation“ (Bohnsack 2010) hinaus eine „reflektierende Interpretation“ (ebd.) der Äußerungen der Zuwanderer zu einer soziogenetischen Typenbildung führt. Diese „soziogenetische Rekonstruktion“ sind ins Verhältnis zu setzen zu den rahmensetzenden gesellschaftlichen Problemlagen. Dies geschieht idealerweise in der Rückkopplung der Ergebnisse quasi als „Artikulationshilfe“ in Form der Explikation „impliziten Wissens“ zur Schärfung und Profilierung der eigenen Orientierungsmuster.

Eine derartige Rückkopplung hat also weder eine advokatorische Funktion noch ist sie eine moralische Verpflichtung gegenüber den an der Handlungsforschung beteiligten Zuwanderern. Dieses Vorgehen hilft vielmehr gegen Tendenzen der Konstruktion „typischer“ Verhaltensweisen und Orientierungen, die weder die „alienierende“ Integrationsforschung (s.o.) noch die Praxis der Migrantenarbeit von sich weisen können.

Deshalb setzt sich *Martina Ritter* am Beispiel der russlanddeutschen Zuwanderer mit der analytischen Kategorie kultureller Differenz und der Konstruktion der Kategorie „Ethnie“ kritisch auseinander. Unter dem Titel *„So sind halt die Russen...!“* geht es der Autorin um den *Zusammenhang von Ethnisierungsprozessen und der Anerkennung von kultureller Differenz*. Sie geht der Frage nach, ob wir es wirklich immer mit Ethnisierungsprozessen zu tun haben, wenn in der Praxis von sozialer Arbeit und Sozialforschung mit Angehörigen anderer Ethnien, Kulturen oder Herkunftsgesellschaften gearbeitet wird und dabei gesellschaftliche Probleme sozialer Ungleichheit (Armut, Bildung) als Folgen kultureller Differenz oder ethnischer Besonderheit interpretiert werden.

Zwar stellt *Martina Ritter* provokativ „kulturelle Differenz“ zunächst grundsätzlich in Frage, um sie dann als analytische Kategorie zu deuten, die begründet und sinnvoll einzusetzen ist. Dabei greift sie auf Alfred Schütz zurück, um die Rolle von MigrantInnen als „Fremde“ aufzuzeigen, die sich nach ihrer Migration in einer Deutungskrise bezüglich der Verhaltensweisen und Routinen in der Aufnahmegesellschaft befinden und entsprechend verunsichert sind. Für die Praxis der sozialen Arbeit mit MigrantInnen leitet sie deshalb die Auseinandersetzung mit den Deutungshorizonten und dem Erfahrungswissen der MigrantInnen ab und folgert, dass aus der Sicht der soziologischen Alltagstheorie diese kulturellen Deutungsmuster als analyti-

sche Kategorie zu nutzen dazu führen würde, Entwertungen, Stigmatisierungen und Zuschreibung – also Ethnisierungsprozesse auszuschließen.

Vor diesem Hintergrund entwickelt Martina Ritter Überlegungen zum kulturellen Hintergrund von russlanddeutschen MigrantInnen, um so die Deutungshorizonte nicht nur offenzulegen, sondern fruchtbar zu machen für die Ergebnisinterpretation der entsprechenden Handlungsforschungsprojekte. Dabei unterscheidet die Autorin die Ebene der Erfahrung der Transformation der Gesellschaft, die den Zusammenbruch sowie als Folge die massive Entwertung der sowjetischen Deutungshorizonte bewirkte. Weitere Ebenen der Deutungshorizonte leitet sie aus den Notwendigkeiten der sozialarbeiterischen Praxis und einer alltagstheoretischen Perspektive auf die Herkunftsgesellschaft ab: Privatheit und Öffentlichkeit, Religion und Politikverhalten. Ihre Analysen münden in Konzepten rekonstruktiver Bedürfnisinterpretation, wie sie in den nachfolgenden Fallstudien vorgenommen werden.

Die zumindest für die Stadt- und Regionalplanung bedeutsame Kernfrage, was denn eigentlich anders ist an der Integration von Zuwanderern in eher kleinen Städten jenseits der Ballungsräume, und ob diese angenommene Andersartigkeit eher vorteilhaft oder schwierig ist, versuchen die Stadtplanerin *Annegret Boos-Krüger* und der Jurist *Burkhard Wilk* mit Hilfe eines *normativen Erklärungsansatzes zur Integration in kleinen Städten* zu beantworten. Eingebettet wird dieser Versuch eines neuen Integrationsverständnisses in einen politisch-philosophisch Diskurs zu dem Begriff der gesellschaftlichen Integration, der die Metaebene der Integrationsdebatte abbildet.

In ihrer normativen Auseinandersetzung positioniert sich das interdisziplinäre Autorenteam zwischen den konservativen, auf nationale Identität hin orientierte Integrationsmodell an dem einen Pol der politischen Integrationsdebatte und der „Theorie des reinen Multikulturalismus“ auf dem anderen. Dabei halten Boos-Krüger und Wilk fest, dass auch allen „vermitteln-den.“ Theorien zwischen diesen Extremen ist gemeinsam, dass die MigrantInnen „bei aller zugesagten Pluralität“ in jedem Fall die Menschenrechte, die Verfassung und die einheitliche Rechtsordnung zu akzeptieren hätten. Hier werde allerdings deutlich, dass für eine „Akzeptanz“ die äußere Einhaltung der Rechtsnormen ausreichen würde und so das Recht der Maßstab der Integration sei (vgl. Raiser 2007: 191)

Der in ihrem Beitrag skizzierte normative Erklärungsansatz von Integration orientiert sich hingegen an einem Begriff von Integration, der nicht allein durch das rechtliche, sondern vor allem durch das ethische Wertesystem der Aufnahmegesellschaft repräsentiert werde.

Wohlwissend, dass es in der differenzierten modernisierten Gesellschaft kaum einen allgemeinen Konsens über Werte geben kann – es vielmehr einen langen Diskurs zum Wertewandel und Werteverfall gegeben hat –

halten die Autoren die Würde des Menschen für den einzig nicht verhandelbaren ‚gesamtgesellschaftlichen‘ Wert, der zum Ausgangspunkt für Integrationsprozesse genommen werden sollte, welche dann die „grundlegenden Orientierungsprobleme multikultureller Gesellschaften zu lösen“ im Stande wären.

Von diesem Diskurs ausgehend werden über die Möglichkeiten der „Wertevermittlung vor Ort“ die Chancen und Risiken der Integration von Zuwanderern in kleinen Städten des ländlichen Raumes diskutiert. Hierbei setzen die Autoren vor allem auf die angenommene Überschaubarkeit des Gemeinwesens einer kleinen Stadt, in der Ausweich- oder Rückzugsmöglichkeiten begrenzt sind, jedoch Stigmatisierungen und Diskriminierungen ebenso von der Toleranz der autochthonen Bevölkerung abhängen, wie in größeren Siedlungsformen.

3. Integrationsleistungen der Zugewanderten

Die Forschung zur Integration der Aussiedler ist gekennzeichnet von einer „vielschichtigen wie defizitären ‚Dazwischen‘-Konstellation“ (Hüttermann 2010: 18) des Verhältnisses zwischen Aufnahmegesellschaft und Aussiedlern. Der Band von Rainer Silbereisen et al. (1999) über Aussiedler in Deutschland, der die „Akkulturation von Persönlichkeit und Verhalten“ diskutierte, betont die „oft prekären Folgen der unter einem enormen Anpassungsdruck erfolgenden Akkulturation“ (Hüttermann 2010: 18), deutet jedoch auch „spezifische kulturelle Ressourcen der Prävention und Bewältigung“ (ebd.) dieser Probleme an.

Der Beitrag von Agnes Happel setzt hier an und stellt unter dem Titel „*Die fremden Deutschen in Frankenberg*“ *Reziprozität der Integration von Spätaussiedlerinnen im ländlichen Raum*“ gerade solche Ressourcen der Problembewältigung in den Mittelpunkt. Dabei ist es kein Zufall, dass die Zielgruppe ihres Forschungsprojektes ausschließlich Frauen sind, denn es erweist sich als zentrale Aufgabe der Frauen, die alltäglichen Integrationsleistungen für die gesamte Familie zu erbringen. So sind sie es auch, die sich durch die Einladung zu einer Zukunftswerkstatt über das Zusammenleben in der Neubausiedlung Bockental in Frankenberg angesprochen fühlten. Agnes Happel hebt in ihrem Beitrag auch die sozialräumliche Segregation hervor, die den Wunsch nach einem Miteinander zwischen Aussiedlern und „Einheimischen“ erschwere. Entgegen der sonstigen Befunde zur Segregation in Kleinstädten, die schon wegen der räumlichen Nähe und der relativ geringen Einwohnerzahl kaum relevant sei (vgl. Boos-Krüger 2005 445) zeigt dieses Beispiel sehr anschaulich, wie bereits die Stadtentwicklungspolitik durch die Anlage der Neubausiedlung und das diskriminierende Immo-

bilienkaufverhalten der deutschen Bevölkerung, die Kleinstadtbewohner aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion in eine unerwünschte räumliche Isolation getrieben hat.

Der Autorin gelingt es in ihrer Studie, das nach außen kommunizierte stadtpolitische Thema der räumlichen Konzentration russisch-deutscher Familien mit den betroffenen Frauen selbst und im Verlauf der Studie auch in der lokalen Öffentlichkeit umzudeuten in die eigentliche Problematik aus der Subjektperspektive: Die Schwierigkeit der Frauen, ihre Deutungshorizonte mit den Erwartungen der übrigen (lokal)gesellschaftlichen Gruppen in Einklang zu bringen.

Wie Strobl und Kühnel (2000: 185) für jugendliche Aussiedler feststellen konnten, zeigt sich auch hier die sehr starke Integration innerhalb des Familienverbundes bei gleichzeitig defizitärer Integration in die Kleinstadtgemeinschaft, (vgl. Hänze / Lantermann 1999: 159) als sozialer Raum der sozialen Netzbildung, die in der Kleinstadt stark durch das Vereinsleben und Brauchtum geprägt ist und der Teilhabe an den sozialen Institutionen.

Deshalb konzentriert sich die Analyse von *Martina Berger*, die ebenfalls eine Zukunftswerkstatt mit Aussiedlerinnen ausgewertet hat, auf die Interessenorientierungen der Zugewanderten im Hinblick auf ihre Identität als Kleinstadtbürgerinnen und ihr Verhältnis zu den vorgefundenen Angeboten an stadtgemeinschaftlicher Teilhabe. Das klare Bekenntnis der Migrantinnen zu ihrer „neuen Heimat“ hat die Autorin in dem Titel *„Ich will nicht wandern wohnen“ – Aussiedler in Ebersdorf bei Coburg* zum Ausdruck gebracht. Abgeleitet aus ihrer Doppelrolle als Forscherin und als Praktikerin in der Kreisverwaltung stellt die Autorin die Methode der Zukunftswerkstatt bewusst als Artikulationsunterstützung und somit als Weg aus der Sprachlosigkeit dar und knüpft damit an die Ursprünge der Zukunftswerkstatt bei Robert Jungk an. Ihre Analyse richtet sich nun auf die lokalen Vereine, deren Funktion als „Integrationsmotor“ sie kritisch hinterfragt, indem Interessen und Wünsche der Zuwanderer kontrastiert werden mit den Bemühungen der kleinstädtischen Vereinsfunktionäre, sich auf die vor 20 Jahren „neuen“ Mitbürger und ihre vermuteten Interessen einzustellen. Sehr deutlich kann die Autorin herausarbeiten, dass gut gemeinte Angebote z.B. der privaten Nutzung eines Gartens, durchaus Interessenten unter den Aussiedlern gefunden hätten, wären sie persönlich angesprochen worden. Kritisiert wird an diesem Beispiel, die Planung von Angeboten ohne angemessenes Partizipationskonzept.

Mit Verweis auf die Forschungsergebnisse des Projektes „Amicus – Ältere Migranten im Quartier“ (vgl. www.amicus.de) stellt Martina Berger fest, dass den lokalen Akteuren nicht bekannt war, dass insb. ältere Aussiedlerinnen den städtischen Raum längst funktional (nämlich als Garten) nutzen, ohne dass ihnen „von oben“ ein Stückchen Land zugewiesen wurde. In Be-

zug auf die soziale Raumnutzung unterscheidet die Autorin in ihrer Studie Räume der *Ermöglichung sozialer Kontakte* – die weit unverbindlicher angesetzt sind, als Angebote lokaler Vereine dies je könnten – von jenen, die *abwartend* bleiben, wenn es um Kontakte zu autochthonen Nachbarn geht oder *in sich zurückgezogen* Kontakte eher vermeiden.

Den Zusammenhang von Migration und Gender greift auch Karin Baumgärtner in ihrem Forschungsprojekt auf. Am Beispiel einer etablierten Gruppe türkischer Kleinstadtbürgerinnen in Neustadt bei Coburg hat sie die *Wegkreuzungen der Ungleichheit und ...* die Frage „*wie es ist, eine Frau in Deutschland zu sein*“ aus dem empirischen Material ihrer Zukunftswerkstatt heraus, zu beantworten versucht. Mit der Eingangsfrage, wie diese Frauen ihren Alltag in der Kleinstadt organisieren und dabei Integration erleben, wendet sich Karin Baumgärtner dem Konzept der Mehrebenenanalyse der Intersektionalität (Winker / Degele 2010) zu, um die Aussagen der türkischen Frauen an dem Zusammenwirken der Differenz-, bzw. Ungleichheitskategorien „Gender“, „Ethnie“ bzw. „Migration“ sowie „Klasse“ zu spiegeln. Dabei betont die Autorin die sozial konstruierte Identität (Mikroebene) und erörtert die Frage zugeschriebener und realer Identitätskonflikte. Auf der Ebene „symbolischer Repräsentation“ verweist Karin Baumgärtner auf die diskurstheoretischen Ansätze sozialer Ungleichheit mit der Bedeutung der Machtverhältnisse und Machtkämpfe (Intersektionalität von Herrschaftsverhältnissen auf der Makroebene).

Zum anderen werden die Forschungsergebnisse anhand der „analytischen Kategorien“ von „Öffentlichkeit“, „Privatheit“ und „Gender“ interpretiert, die im Anschluss an Martina Ritter (2008: 6) der Analyse zur „Identität“ der Frauen einen Rahmen geben. Dieser macht „die Verknüpfung von individuellen und kollektiven Prozessen sichtbar“ (ebd.) hilft aber auch dabei, die Integrationsprozesse von Seiten der Frauen zu verstehen.

Anhand der dokumentarischen Methode hat die Autorin insgesamt sieben Typen integrationsbezogener Orientierungsmuster rekonstruiert, die entweder der Sphäre der Privatheit oder Halböffentlichkeit zugeordnet sind („Die moderne nichtwestliche Versorgerin der Kinder“, die „auf getrennt geschlechtliche Gemeinschaft ausgerichtete“ Interessensorientierung und die Orientierung an der „Weitergabe von Werten und Traditionen“ an die eigenen Kinder) oder auf die Öffentlichkeit gerichtet sind („interkulturelle Gemeinschaft“, „öffentliche Darstellung der Traditionen“, „Selbstbildung“ und „Anpassung an westliche Repräsentation“). In ihrem Fazit zur „Unsichtbarkeit der weiblichen Integration“ betont Baumgärtner daher auch die Kurz-sichtigkeit lokaler Zuschreibungen „unzureichender Integration“ und die Möglichkeiten, die Interessen und Bedürfnisse der gut vernetzten Türkinnen in Neustadt im Gemeinwesen zu verankern.

Mit diskriminierenden Zuschreibungen sehen sich auch die Teilnehmenden einer Zukunftswerkstatt im Bayerischen Kaufbeuren konfrontiert

und wehren sich mit der Feststellung: *Afrika ist mehr als Trommeln – AfrikanerInnen und schwarze Deutsche in Kaufbeuren*. Der Autor Emmanuel Kileo wendet sich so in seinem Projekt einer Gruppierung von Zuwanderern in Deutschland zu, deren Integrationserfahrungen und -potenziale bisher selten im politischen und sozialwissenschaftlichen Diskurs zur Integration erwähnt werden: Afrikaner in Deutschland oder schwarze Deutsche. Eingebettet in den Diskurs der Critical Whiteness Studies zeigt der Autor anhand der langen Geschichte der Einwanderung von AfrikanerInnen nach Deutschland auf, inwiefern die Integration von Schwarzafrikanern bis heute von dem rassistischen Umgang der autochthonen Deutschen mit dieser Bevölkerungsgruppe geprägt ist. Rassismus wird dabei im Anschluss an Pech (2006) verstanden als ein gesellschaftlich-sozialer Konstruktionsprozess der zumindest implizit abwertenden Verknüpfung sozialer und körperlicher Merkmale zur Legitimierung einer ungleichen Verteilung von Ressourcen und Rechten. So erfahren die im Handlungsforschungsprojekt von Emmanuel Kileo Beteiligten eine eingeschränkte Teilhabe auch gegenüber den Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion oder der Türkei, die am Untersuchungsort Kaufbeuren als Zuwanderergruppen vertreten sind.

Von einer kommunalen Integrationspolitik fühlen sie sich ausgeschlossen, üben sich jedoch selbst in einer Zurückhaltung, die Kileo im Anschluss an Paolo Freire als „Kultur des Schweigens“ (1975) beschreibt: „Man hält sich zurück, fordert nichts, fragt nicht und wird dadurch ebenso ungehört wie unsichtbar“. So hoffen Schwarze weiterer Diskriminierung zu entgehen. Insofern hat die Methode der Zukunftswerkstatt hier auch die wesentliche Funktion, eine kommunikative Verständigung und Analyse gemeinsamer Probleme zu ermöglichen, Utopien für deren Lösung und im letzten Schritt gemeinsame Formen der Umsetzung zu entwickeln.

Wie im Ansatz der „kategorialen Gemeinwesenarbeit“ (vgl. May 2008b) strebt die in Emmanuel Kileos Beitrag dargestellte Zukunftswerkstatt mit schwarzen Deutschen vor allem das Ziel an, einer partizipativen Einbindung in ein nicht ausgrenzendes Gemeinwesen, das „so reich [ist], wie es Zusammenhänge herzustellen vermag“ (Negt / Kluge 1992: 35).

So sind die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt in ihren ersten beiden Phasen deutlich von den Diskriminierungserfahrungen und großer Unsicherheit bezüglich der politischen Entwicklungen und des Rechtssystems geprägt. Ihre Utopien und letztlich die konkreten Umsetzungen zielen dann deutlich auf Formen der gemeinsamen und eigenständigen, eben nicht bevormundenden Interessensartikulation, den Wunsch, ein differenziertes Bild Afrikas zu vermitteln und auf konkrete Kontakte mit den autochthonen Nachbarn.

An der analytischen Schnittstelle zwischen der Rekonstruktion von Interessensorientierungen der Zugewanderten in kleinen Städten und der Analyse der institutionellen Verankerung von Integration als lokale Aufgabe ist

der Beitrag von *Karin Kick* und *Christina Noack* einzuordnen. Ganz bewusst aus der Perspektive von Fachkräften in der offenen Jugendarbeit in Bad Neuenahr-Ahrweiler setzen sie sich mit der *Bedürfnisermittlung in der offenen Jugendarbeit mit jugendlichen MigrantInnen* auseinander. Ihr Handlungsforschungsprojekt steht für die Notwendigkeit, auch in der Weiterentwicklung der professionellen sozialen Arbeit nie die forschende, erkundende Perspektive zugunsten eines *bedarfsorientierten* Handelns aufzugeben.

So steht neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse an den integrationsbezogenen Orientierungsmustern der jugendlichen Zuwanderer deutlich das handlungspraktische Ziel, aus der eigenen Arbeit heraus die Angebotsstruktur der Einrichtung zu verbessern und dabei erstmals an die *Bedürfnisse* der Jugendlichen anzuknüpfen und auf handhabbare Methoden der Partizipation zurückzugreifen. Karin Kick und Christina Noack nehmen sich in ihrem Beitrag den notwendigen Raum, um die logistische Vorgehensweise bei der Kontaktaufnahme mit den Jugendlichen, die bisher gar nicht Klientel der offenen Jugendarbeit waren, zu schildern und an den Befunden zu einer gelingenden Partizipation zu spiegeln.

Anschließend konzentrieren sich die Autorinnen in ihrer Interpretation der Ergebnisse der Zukunftswerkstatt darauf, die geäußerten Bedürfnisse – nach mehr Anerkennung, weniger Alltagsdiskriminierung, mehr Teilhabe und dem Gefühl „dazu zu gehören“, weniger Misstrauen gegenüber den Institutionen von Rechtsstaat und Bildungssystem – vor dem Hintergrund der institutionellen Möglichkeiten der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu verstehen. Nur so kann es aus Sicht der Autorinnen gelingen, diese Bedürfnisse in einem partizipativen, kontinuierlichen Prozess zu befriedigen – zumindest aber Impulse für eine positive Veränderung der Lebenssituation der jugendlichen MigrantInnen einzuleiten.

Als wesentliches Instrument, solche Bedürfnisse nicht nur in klassischer Fallarbeit zu entfalten, sehen sie ein Partizipationskonzept für die offene Jugendarbeit, das die Erhebung der Bedürfnisse einer sich ständig wandelnden Klientel nicht nur punktuell, sondern im Sinne eines Monitoring permanent ermöglicht.

4. Integration als lokale Aufgabe

Im dritten Abschnitt dieses Bandes werden zwar weiterhin die integrationsbezogenen Orientierungsmuster der Zuwanderer in kleinen Stadtgesellschaften im Mittelpunkt stehen. Allerdings wechselt hier insofern die Perspektive der Analyse, als dabei die lokalen Institutionen in ihrer Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen und Interessen der Zuwanderer zum Forschungsgegenstand werden.

So basiert der Beitrag *Lokale Governance Arrangements und die Bedürfnisse älterer MigrantInnen* von Monika Alisch und Frank Dölker auf einer Bedürfnisanalyse zum „Wohnen im Alter“ in einer Wohnsiedlung der Stadt Eschwege. Hier sollten insbesondere die als benachteiligt erkannten älteren AussiedlerInnen partizipativ einbezogen werden, die in jahrelanger Stadtteilarbeit im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ nicht erreichbar schienen. Für diesen Forschungsauftrag wurde die Bedürfnisanalyse als Instrument einer partizipativen Projektentwicklung gedeutet, um zu erreichen, dass in der Fokusgruppenarbeit sowie der Zukunftswerkstatt entwickelte Ideen auch Eingang in die bereits sehr ausgearbeiteten Governancestrukturen finden. Dabei wird die Gruppe der älteren Zuwanderer mit ihren bisher ungehörten Bedürfnissen und Interessen als weiterer „kollektiver Akteur“ im kleinstädtischen Governance-Arrangement zum „Wohnen im Alter“ verstanden. Die Autorin und der Autor fassen „Lokale Governance“ dabei nicht als Reformkonzept der Verwaltung, sondern als sozialwissenschaftliches Konzept zur Analyse veränderter Formen von Steuerung.

Aus dieser Perspektive der lokalen Politikforschung wird die partizipatorische Form der Bedürfnisanalyse als Element der von Bogumil (2002) formulierten „kooperativen Demokratie“ interpretiert und die Rolle der älteren zugewanderten Bewohnerschaft als ‚politische Auftraggeber‘, als ‚Mitgestalter‘ und erst an dritter Stelle als ‚Adressaten‘ erörtert.

Entlang der Phasen der partizipativen Projektentwicklung (Beziehungsarbeit, Zukunftswerkstatt, Rückkopplung) wird aufgezeigt, wie bereits die Zusammensetzung einer Fokusgruppe älterer Migranten zum Steuerungsgegenstand wird, während gleichzeitig durch die Form der Moderation erreicht werden kann, die beteiligten älteren Migrantinnen auf Augenhöhe zu Mitgestaltern der Stadtteilentwicklung zu befähigen. Dabei wird betont, dass die Nachhaltigkeit der auf diese Weise formulierten Ideen einer Verbesserung der Lebensqualität letztlich davon abhängen wird, wie die kleinstädtisch komplexe Governance-Arena in der Lage ist, diese keineswegs ungewöhnlichen Projektideen in ihre Planungsroutinen aufzunehmen und entsprechend die in der Bedürfnisanalyse angestoßenen Partizipationsprozesse fortzuführen.

Einen Weg, die zugewanderte Bewohnerschaft institutionell einzubinden, scheint die Stadt Sontra an der hessischen Grenze zu Thüringen bereits gefunden zu haben. Unter dem Titel *Geschlossene Gesellschaft? – Partizipationsmöglichkeiten von Migranten in Sontra* hat Katja Volkenant nach den Integrationsvorstellungen der ethnisch gemischten Mitglieder des Vereins „Kulturentreffen“ gefragt. Dieser Verein wurde von einer lokalen Autorität stark befördert – eigens ins Leben gerufen, um das interkulturelle Zusammenleben in der Stadt zu verbessern. Dabei stellt Katja Volkenant heraus, dass die stark schrumpfende Kleinstadt durchaus ein berechtigtes Interesse daran hat, Zuwanderer als gleichberechtigte Bewohner zu halten und